

# **Staatsmacht ohne Grenzen?**

## **Innere Sicherheit, »Terrorismus<sup>1</sup>-Bekämpfung und die bundesdeutsche Gesellschaft der 1970er Jahre**

---

KLAUS WEINHAUER

### **I.**

Das Thema Innere Sicherheit ist seit den 1970er Jahren ein innenpolitischer Dauerbrenner, hat aber seit den Anschlägen des 11. September 2001 nochmals an Bedeutung gewonnen. Auf diesem Feld geht es immer wieder auch um die Reichweite staatlicher, genauer: polizeilicher Macht. Staatliche Maßnahmen zur Inneren Sicherheit, speziell bei der Terrorismusbekämpfung, evozieren schnell den Eindruck, als sei die Gesellschaft diesen Reglementierungen mehr oder weniger hilflos ausgeliefert. Mit Blick auf die Adressaten staatlicher Aktivitäten sei an dieser Stelle jedoch schon der Hinweis eingefügt, dass Staat auch »geglaubt« werden (vgl. Reinhard 2002: 26), das heißt die Bereitschaft vorhanden sein muss, staatlichen Maßnahmen zu folgen oder sie mindestens hinzunehmen. Zudem können staatliche Aktivitäten durchaus nicht-intendierte Folgen haben (bis hin zum Gegenteil der erwarteten Wirkungen) oder gar wirkungslos bleiben, wenn große Teile der Gesellschaft, wie auch immer man beide Entitäten voneinander abgrenzt, mit Missachtung oder gar offenem Protest reagieren. Kurzum: Terrorismus und dessen Bekämpfung verweisen immer auch auf die Grenzen staatlich-polizeilicher Macht. Was das im konkreten Fall genau heißt, ist für die bundesdeutsche Geschichte bisher noch nicht untersucht worden. Auch die neuere kriminalsoziologische Literatur hilft nicht weiter. Denn hier sind mit Blick auf die Kriminalitätsbekämpfung im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts nur einige allgemeine Hinweise auf die

Grenzen sozialstaatlicher Macht in England und in den USA herausgearbeitet worden (Garland 1996; 2001; 2004). Dort scheiterten sozialstaatliche Regelungsversuche von Kriminalität, es zeigten sich die »limits of the sovereign state«, wie David Garland es formuliert hat. Angesichts zunehmender Unsicherheitsgefühle gegenüber Kriminalität – auch in den Mittelschichten – wurde Kriminalitätsprävention massiv vorangetrieben, jedoch weniger sozialstaatlich breit fundiert als situativ und marktorientiert. Eine weit angelegte Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit verspricht wichtige Erkenntnisgewinne über das Verhältnis von staatlich-polizeilicher Machtpolitik, deren Wahrnehmung und Wechselwirkungen mit der bundesdeutschen Gesellschaft. Dies gilt besonders, wenn sie sich auf die 1970er Jahre konzentriert, die in zeitgenössischer Sicht als das »Jahrzehnt innerer Sicherheit« firmierten (vgl. Funk/Werkentin 1977: 202-205; Funk 1991; Kunz 2005; Weinhauer 2003: 250-262; Conze 2005). Im Rahmen einer so fokussierten Analyse kommen nicht nur die sozialgeschichtlichen hard facts über Staat und Gesellschaft in den Blick, sondern auch die darauf bezogenen Wahrnehmungen ebenso wie mediale Inszenierungen, Leitbilder und Metaphern. Zwar gibt es zahlreiche Studien, die sich mit den Veränderungen der polizeilichen Einsatzphilosophie und Organisation befassen, die Umsetzungen dieser Maßnahmen sowie deren Auswirkungen auf die Praxis der Polizei sind jedoch kaum untersucht worden. Auch in den bisherigen sozialwissenschaftlichen Arbeiten zum Linksterrorismus der 1970er Jahre – überwiegend in den 1980er Jahren verfasst – bleiben sowohl die polizeiliche Einsatzpraxis als auch die medialen und Wahrnehmungsaspekte unterbelichtet.<sup>2</sup>

Innere Sicherheit – ein sehr vager Begriff – lässt sich mit Blick auf die innenpolitische Legitimation von Staatlichkeit definieren als komplexes Maßnahmenbündel zur Definition, Darstellung und Festigung von Staatsfunktionen nach innen. Dies war nach »außen«, also in die Gesellschaft hinein zu kommunizieren, sodass die Bedeutung von Medien für die Inszenierung von Innerer Sicherheit sehr wichtig ist. Der Terminus Innere Sicherheit wurde um 1969/70 geprägt, im öffentlichen Diskurs der 1970er Jahre aufgegriffen und dominierte vollends seit den 1980er Jahren entsprechende innenpolitische Debatten (Weinhauer 2003).<sup>3</sup> Die Bekämpfung des Linksterrorismus, bei der staatliche Macht massiv eingesetzt wurde, war ein Kernthema der Inneren Sicherheit. Prinzipiell ist der somit ins Auge gefasste Untersuchungsgegenstand Terrorismus jedoch mit zahlreichen analytischen Problemen behaftet (Weinhauer/Requate/Haupt 2006). Der Begriff ist weder klar zu umreißen noch politisch neutral. Vielmehr handelt es sich um eine Zuschreibung, mit der die damit Belegten bzw. deren Anliegen diskreditiert und/oder abqualifiziert werden sollen. Weiterführend ist es, anknüpfend an die Arbeiten von Peter Waldmann, Terrorismus »primär (als) eine Kommunikationsstrategie« zu verstehen (1998: 13, 191). Dabei formuliert Waldmann eine Arbeitsdefinition des Terroris-

mus als »planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund. Sie sollen allgemeine Unsicherheit und Schrecken, daneben auch Sympathie und Unterstützungsbe reitschaft erzeugen« (ebd.: 10). Tatsächlich spricht vieles dafür, diesem kommunikativen Aspekt nicht nur bei der Untersuchung des Terrorismus, sondern auch bei dessen staatlich-polizeilicher Bekämpfung einen wesent lich höheren Stellenwert beizumessen, als dies bislang in der Regel der Fall ist (Weinhauer/Requate 2006).

Wie von Presseanalysen bereits in den frühen 1980er Jahren herausge arbeitet, war der Linksterrorismus sehr wichtig bei der Etablierung eines gesellschaftlichen Gewaltdiskurses, der als »Verdichtungssymbol« fungierte, um über die scheinbare Krise gesamtgesellschaftlicher Ordnung zu dis kutieren (Cremer-Schäfer/Steinert 1998: 119; vgl. Treiber 1984). Dies ver deutlicht nochmals die große Bedeutung der medial-vermittelten kommu nikativen Dimension des Terrorismus (vgl. Weinhauer/Requate 2006: 14ff.; Requate/Zessin 2007). Zwar gibt es inzwischen fundierte Analysen zur Presseberichterstattung über den bundesdeutschen Linksterrorismus der 1970er Jahre (Musolff 1996; 2006; Balz 2006; Steinseifer 2006), wie eingangs bereits erwähnt, fehlen jedoch genaue Kenntnisse sowohl über die konkrete polizeiliche Praxis als auch über die mediale Vermittlung dieser Maßnahmen.<sup>4</sup> Hier setzt der vorliegende Beitrag an und fragt zudem da nach, welche gesellschaftlichen Wahrnehmungen und Reaktionen hiermit verbunden waren. Im ersten Kapitel wird die Entstehung des Konzepts In nere Sicherheit umrissen, um dann knapp weitere Rahmenbedingungen polizeilicher Tätigkeit auszuleuchten, u.a. die Frage nach der scheinbaren Allmacht der bundesdeutschen Polizei der 1970er Jahre. Im zweiten Teil geht es zunächst um die praktische Bekämpfung des Linksterrorismus im bislang kaum erforschten Krätfeld, gebildet von staatlich-polizeilichem Handeln, medialer Inszenierung und veränderten gesellschaftlichen Wahrnehmungen. Anschließend wird die Zäsur um 1978 genauer in den Blick genommen, bei der als unerwartete Reaktion auf die staatlich-polizeilichen Maßnahmen gegen den Linksterrorismus sowie deren mediale In szenierung staatskritische Haltungen und gesellschaftliche Selbstorganisa tion zunahmen.

## II. Innere Sicherheit und Polizei in den 1970er Jahren

Aus staatlicher Sicht war Sicherheit nach innen in der Bundespolitik bis Ende der 1950er Jahre vorrangig nur eine Voraussetzung, um die Sicherheit nach außen zu stabilisieren – also der äußeren Sicherheit nachgeord net (vgl. Weinhauer 2003: 259-262; Lücke 1966: 497; Lange 1999: 106-108; Bolle/Bruns/Larking/Schrammar 1977: 435f). Diese Gewichtung ver änderte sich in den 1960er Jahren, bedingt durch die Entspannung des

Kalten Kriegs sowie endgültig und grundlegend mit dem Regierungsantritt der sozial-liberalen Koalition. Im »Sofortprogramm der Bundesregierung zur Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung« vom November 1970 ging es nicht nur um die Bekämpfung einzelner krimineller Delikte (*Bulletin. Presse und Informationsamt der Bundesregierung*, 5.11.1970, S. 1605-1614; Werkentin 1984: 190f.), sondern um den Versuch, Sicherheit nach innen, kurz: die »Innere Sicherheit«, umfassend zu gewährleisten (Funk 1991; vgl. Weinhauer 2003: 250-262; 2004: 234f.). Der in den 1970er Jahren zu verzeichnende Bedeutungsgewinn des innenpolitischen Leitbegriffs Innere Sicherheit (Kunz 2005) war jedoch nur möglich, weil auch in der bundesdeutschen Gesellschaft die Sensibilität für Sicherheit gestiegen war und über das für die 1950er Jahre postulierte »Streben nach ›Sicherheit‹« hinausging (Braun 1978). Im Zuge der Planungseuphorie der 1960er Jahre schien die Zukunft gestaltbar; diese Hoffnung endete jedoch spätestens mit der Ölkrise von 1973/74 (vgl. Conze 2005: 373). Ein gesteigertes Interesse an Sicherheit, begleitet von Kriminalitätsfurcht, artikulierte sich bereits um die Mitte der 1960er Jahre. Hier konstatierten Polizisten und Politiker ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung, das weit über die Probleme hinausging, die im Rahmen der vermeintlichen »Kontaktlücke« zwischen Polizei und Bevölkerung diskutiert worden waren (vgl. Weinhauer 2003). Umfrageergebnisse bestätigten dies und steigerten gleichzeitig die Sensibilität gegenüber Unsicherheit und den Bedrohungen durch kriminelle Taten (Reuband 1992; 1995). Seit etwa Mitte der 1970er Jahre wurde Sicherheit allmählich auch zur Ware. Erste Tendenzen einer marktorientierten Privatisierung von Sicherheit begannen etwa 1974, als in der Bundesrepublik erstmals eine internationale Fachmesse für Sicherheitstechnik, die »SAFETY 1974«, stattfand, die in den Folgejahren expandierte (Krumsieck 1974; Rößmann 1977; vgl. *Der Kriminalist* 1974: 81; *Kriminalistik* 1978: 554; 1980: 36). Mitte der 1970er Jahre war anscheinend ein »lukrativer Markt« (*Kriminalistik* 1976: 562) für Sicherheit entstanden, sodass die Polizei gar einen Verlust des staatlichen Gewaltmonopols befürchtete (Stümper 1975).

Bislang wurde die bundesdeutsche Polizei der 1970er Jahre oft als extrem militarisiert, sehr monolithisch sowie nahezu allgegenwärtig und übermächtig dargestellt. Seriöse sozialwissenschaftliche Studien haben dies zwar bezweifelt, jedoch stand dieser skeptischen Gesamteinschätzung der Effektivität polizeilicher Tätigkeit die völlig anders gelagerte öffentliche Wahrnehmung gegenüber: In zahlreichen journalistischen Beiträgen wurden die Verlautbarungen und Planungen zum Ausbau, zur Effektivitätssteigerung sowie zum Computereinsatz in der Polizei umstandslos für bare Münze genommen.<sup>5</sup> Der Polizeistaat schien überall zu lauern, ebenso die Gefahr eines neuen Faschismus (vgl. Kühn 2005: bes. 252f.; Steffen 2002: 95-105). Bei diesen wenig reflektierten Horrorszenarien polizeistaat-

licher Omnipräsenz stand die polizeiliche Bekämpfung des Linksterrorismus immer wieder im Vordergrund.

Mit Blick auf die bundesdeutsche Polizei ist es sehr wichtig, vorweg zwei Differenzierungen zu beachten. Erstens lässt sich kaum von *der* bundesdeutschen Polizei sprechen. Vielmehr vereint dieser Sammelbegriff eine Vielzahl von Bundes-, Landes- und bis Mitte der 1970er Jahre sogar städtischen Institutionen. Da Polizei Ländersache war und ist, stellten die Länderpolizeien mit Abstand den zahlenmäßig größten Anteil des Polizeipersonals. An zweiter Stelle rangierte das Personal des Bundesgrenzschutzes (BGS), der jedoch erst seit Änderung des BGS-Gesetzes im Jahre 1972 vermehrt polizeiliche Aufgaben übernahm (vgl. Busch/Funk/Kauß/Narr/Werkentin 1988: 83ff.). Insgesamt gesehen wurde das Polizeipersonal zwischen 1970 und 1980 etwa verdoppelt, und auch die Ausbildung und Ausrüstung wurden, als Konsequenz der Großeinsätze gegen studentische Proteste, modernisiert (Weinhauer 2003; Busch/Funk/Kauß/Narr/Werkentin 1988). Zweitens war die Polizei auch in den 1970er Jahren kein perfekt arbeitender Apparat mit allgegenwärtiger Präsenz. So gab es zwischen den Einrichtungen der Inneren Sicherheit, zu denen auch der Verfassungsschutz (mit einem Bundesamt und Landesämtern) zählt, zahlreiche Kommunikationsprobleme und auch Konkurrenzdenken (Weinhauer 2004). Zudem führten die seit Mitte der Dekade durchgesetzten Umorganisationen großstädtischer Polizeibehörden (wie Hamburg und Berlin) nicht wirklich zu mehr Polizeipräsenz auf öffentlichen Straßen und Plätzen, um damit das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger sowie das Risiko für potentielle Straftäter zu erhöhen. Insgesamt gesehen waren die ehrgeizigen Ziele der Berliner Polizeireform, so ein Bericht vom Mai 1982, »trotz der großen organisatorischen Anstrengungen und des kostenmäßigen Aufwandes der Polizeireform nur ansatzweise gelungen« (Abgeordnetenhaus 1982: 12; vgl. Busch/Funk/Kauß/Narr/Werkentin 1988: 288-293, 428f.). Auch seriöse sozialwissenschaftliche Untersuchungen sahen dies ähnlich. Denn auch in den neuen, größeren Organisationseinheiten stand durchschnittlich etwa ein Viertel des Personals nicht zur Verfügung (Urlaub, Krankheit, Abordnungen, Innendienst); aber auch die verbleibenden Polizisten arbeiteten im Schichtbetrieb, waren also in der Regel nicht alle gleichzeitig im Dienst. Zudem banden neue polizeiliche Aufgaben, das zeigt die Berliner Polizeireform der 1970er Jahre, ebenso Personal wie die Einführung kürzerer Arbeits- sowie längerer Urlaubszeiten. Prinzipiell fußten die zugrunde liegenden Hoffnungen ohnehin auf unzutreffenden Prämissen; denn die Polizei wurde, dies zeigen sozialwissenschaftliche Untersuchungen, größtenteils nicht eigenständig tätig, sondern weit überwiegend erst nach Alarmierung durch die Bevölkerung (vgl. Busch/Funk/Kauß/Narr/Werkentin 1988: 284f.).

Abschließend müssen noch zwei Neuerungen in der polizeilichen Ar-

beit der 1970er Jahre erwähnt werden: der Aufbau polizeilicher Spezialeinheiten sowie der verstärkte Einsatz von Computern. In dieser Dekade erlebte die Polizei zwar eine Technisierung, deren flächendeckende Nutzbarkeit wurde ebenso wie die Vereinheitlichung der Datenerfassungssysteme jedoch erst bis Ende der 1970er Jahre nach und nach realisiert. Dieser Ausbau der Computertechnologie ist wie die Terrorismusbekämpfung eng mit Horst Herold verknüpft, der von September 1971 bis März 1981 an der Spitze des BKA stand (vgl. *Spiegel*, 28.6.1971: 53; Seiderer 2004: 347f.; Becker 2005: 187-209; Schenk 1998; Cobler 1980). Bereits vor Herold erhielt der polizeiliche Computereinsatz zu Fahndungszwecken eine höhere Priorität, festgeschrieben im oben erwähnten »Sofortprogramm« der sozialliberalen Regierung. Bis November 1972 forcierte Herold dann den Aufbau des INPOL-Netzes (Informationssystem der Polizei) (vgl. Schenk 1998: 126-130). Darauf hinaus wurden weitere EDV-gestützte Fahndungsmittel entwickelt, vorrangig zur Bekämpfung des Terrorismus sowie des Rauschgifthandels. Zu nennen sind die Aktenerschließungssysteme »PIOS-Terrorismus« und »PIOS-Rauschgift« (PIOS = Personen, Institutionen, Objekte, Sachen) sowie die beobachtende, die Raster- sowie die Zielfahndung (vgl. ebd.: 125-132, 205-214, 226-230, 397-407; Busch/Funk/Kauf/Narr/Werkentin 1988: 115-146).

Mit Blick auf spektakuläre Banküberfälle mit Geiselnahmen (vor allem in München im Sommer 1971) (Mohr 2001), die Festnahme der Baader-Meinhof-Aktivisten im Sommer 1972 sowie angesichts des blutigen Endes der Geiselnahme der israelischen Olympiamannschaft in Fürstenfeldbruck im September 1972 wurden sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene polizeiliche Sondereinheiten aufgestellt (vgl. dazu knapp Busch/Funk/Kauf/Narr/Werkentin 1988: 112; Antifaschismus-Kommission des Kommunistischen Bundes 1978b: 41-97; Wegener 1976): Die Mobilen Einsatzkommandos (MEKs) und die Sondereinsatzkommandos (SEKs) der Länderpolizeien sowie die Grenzschutzsondergruppe (GSG) 9 des Bundesgrenzschutzes.<sup>6</sup> Aus polizeilicher Sicht lag der Hauptantrieb für diese Maßnahmen darin, dass die Terroristen die »Souveränität der Staatsgewalt« angegriffen hatten. Auch wandten sich leitende Polizeibeamte damit gegen den Eindruck, der Rechtsstaat sei »unfähig, sich gegen solche Angriffe zu wehren«, und die Gesellschaft schutzlos deren Anschlägen ausgeliefert (Tautorat 1974: 47). Das Presseinteresse war stark auf diese Sondereinheiten ausgerichtet. Dort hieß es: Sie »schießen wie James Bond – und fahren wie Jackie Stewart«, waren die »verwegensten Polizisten Deutschlands« oder – etwas skeptischer – »Overkiller des Ministers« bzw. »Genschers Gangsterwehr« (*Hamburger Morgenpost*, 5.2.1974; *Hamburger Abendblatt*, 9.2.1974; *Spiegel*, 24.9.1973: 84, 89).<sup>7</sup> Ende der 1970er Jahre artikulierte sich auch polizeintern durchaus Skepsis am Nutzen solcher Einheiten, die bei ihren Einsätzen, so die gängige Auffassung, oft »eine breite Spur verbrannter Erde« hinterließen und kaum für den normalen

Innendienst zu verwenden waren (Assmann 1978). Gemeinsam mit dem Ausbau des Netzwerkes elektronischer Datenverarbeitung waren es besonders diese Einheiten, die das Bild polizeilicher Allmacht sowie eines scheinbaren Faschismuspotenzials des Staatsapparats prägten (Antifaschismus-Kommission des Kommunistischen Bundes 1978a; 1978b).

### **III. Kampf gegen den Linksterrorismus zwischen staatlicher Allmacht und gesellschaftlicher Gegenmacht**

#### **a) Die Hoch-Zeit staatlich-polizeilicher Macht: Terrorismusbekämpfung bis 1977**

Der staatlich-polizeiliche Kampf gegen den Linksterrorismus war gekennzeichnet von dichotomischen Feindbildern (Terroristen versus Staat bzw. Polizei), von einem aufwendigen Medieneinsatz, speziell wenn es um Fahndungen ging, aber auch von einer stetigen Furcht, die Terroristen könnten doch noch einen gewissen Rückhalt innerhalb der Bevölkerung finden. Bis 1972/73 war die Bekämpfung des Linksterrorismus vorrangig ein polizeiliches Problem. Zwar sah das Bundeskriminalamt das Ziel der militärtaktischen Aktivisten im Umsturz der Gesellschaftsordnung. In öffentlichen Verlautbarungen galten die Militanten der *Rote Armee Fraktion* (RAF) den meisten Politikern jedoch überwiegend als Kriminelle (*Spiegel*, 22.2.1971: 26f.), die hart und entschlossen bekämpft werden mussten. Abgesehen von der Phase nach den Anschlägen vom Mai 1972 galt der Bestand des Staates – allen Verlautbarungen von der Roten Armee Fraktion (RAF) als »Staatsfeind Nr. 1« (Genscher) zum Trotz – offenbar nicht wirklich bedroht. Vielmehr betonte Innenminister Genscher, am Beispiel der RAF-Mitglieder müsse verdeutlicht werden, wo die Grenze liege zwischen erlaubter politischer Auseinandersetzung und Gewalttätigkeit (vgl. ebd.: 33).

Die Polizei zeigte schon Anfang der 1970er Jahre bei der Bekämpfung des Linksterrorismus eine gezielte Medienpräsenz. So berichtete Regierungskriminaldirektor Gerhard Boeden als Sprecher der Sicherungsgruppe Bonn, einer Abteilung des Bundeskriminalamts, im Sommer 1972 im Anschluss an die Nachrichtensendungen »Tagesschau« oder »Heute« wiederholt über die Fahndung nach den Terroristen (*Spiegel*, 26.6.1972: 72). Zudem inszenierte die Polizei Ende Mai 1972 angeregt durch Horst Herold medienwirksam eine »riesenhafte Demonstration staatlicher Macht«: die bundesweite »Hubschrauber-Springfahndung«. Letztere war zwar aus polizeilicher Sicht eher wirkungslos, jedoch wurden die Terroristen nachhaltig beunruhigt (Schenk 1998: 110). Diese Medienpräsenz erschien auch deshalb notwendig, weil speziell formal hoch gebildete Teile der Bevölke-

rung zeitweilige Sympathie gegenüber der RAF zeigten (vgl. Mergen 1987: 210). Zudem gab es Versuche einer gezielten Einschüchterung von »Sympathisanten«. Denn Innenpolitiker und BKA planten publizistische Attacken auf die oben bereits angesprochenen »ständigen Verharmloser« in Presse und Fernsehen. Es ging aber auch um die »Aktivierung von Feindgefühlen in der Bevölkerung« (Schenk 1998: 108f.). Mit Blick auf den Linksterrorismus entspannte sich die innenpolitische Stimmung nach den Festnahmen vom Sommer 1972. Manche Medien schrieben diesen Verhaftungen gar eine identitätsstiftende Wirkung zu: Denn die »Nation war wieder wer«, orakelte *Der Spiegel* (5.6.1972: 20).

Nachdem im Februar 1974 in Hamburg und Frankfurt einige Terroristen festgenommen werden konnten, spitzte sich die Konfrontation mit den militanten Aktivisten aus der *Bewegung 2. Juni* und der RAF weiter zu. Nach dem Tod von Holger Meins am 9. November 1974 ging die Polizei davon aus, der RAF sei dadurch ein enormer Sympathiegewinn erwachsen und gleichzeitig ein immenser Vertrauensverlust gegenüber dem Staat entstanden (vgl. Schenk 1998: 164). Die Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann (10. November 1974) verschärfe die innenpolitische Situation. Die Innenministerkonferenz beschloss, die Maßnahmen gegen terroristische Aktivisten nochmals zu intensivieren (vgl. ebd.: 166). Auch wurde der Schutz von Politikern und Juristen verstärkt. Im Rahmen der medial intensiv begleiteten Großfahndung »Aktion Winterreise« vom Ende November 1974 wurden Wohngemeinschaften und Büros, aber auch Privaträume von Schriftstellern und Publizisten durchsucht. Von der Beunruhigung, die von dieser Fahndung ausging, abgesehen blieb diese Aktion jedoch erfolglos (vgl. ebd.: 28f.; *Stern*, 5.12.1974: 18-24, 207).

Als nächstes beschäftigte die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz (27. Februar bis 5. März 1975) durch Mitglieder der *Bewegung 2. Juni* die Republik. Nach der Entführung übertrugen die Innenminister dem BKA im April 1975 auch die zentrale Lenkung der polizeilichen Maßnahmen im Bereich »anarchistische Gewaltverbrechen«, wie es im Polizeijargon hieß (*Spiegel*, 5.5.1975: 28).<sup>8</sup> Die Lorenz-Entführung war begleitet von heftigen Debatten über die Gefährdung der Inneren Sicherheit in der Bundesrepublik. Es ging vor allem darum, ob und inwieweit der Staat Stärke zeigen oder den Forderungen der Entführer nachgeben sollte. Schlagwörter wie »Staatsautorität« und »Staatsräson« füllten die Presse (vgl. *Spiegel*, 3.3.1975: 19-27, bes. 25-27, Zitat 20; *Stern*, 6.3.1975: 16-34, 178-185, Zitat 16). Der CDU-Chef Helmut Kohl sah gar »Weimarer Verhältnisse« heraufziehen (*Spiegel*, 3.3.1975: 20). Ähnliche Debatten um die Haltung gegenüber den Terroristen sowie um die Schutzfunktionen des Staates wurden auch im Umfeld der Besetzung der Stockholmer Botschaft (Kommando Holger Meins) im April 1975 geführt (vgl. *Spiegel*, 28.4.1975: 23-33; 5.5.1975: 27f.; auch *Stern*, 1.5.1975: 118-128, 144). Anders als im Fall

Lorenz ging es hier jedoch nicht mehr ums Nachgeben, sondern einzig um »Modalitäten der Härte« (*Spiegel*, 28.4.1975: 25).

Zwischen 1974 und 1977 musste sich die Polizei in der Terrorismusbekämpfung vom alten Feindbild des bärtigen, langhaarigen und nachlässig gekleideten Bombenlegers verabschieden. Hatten sich militante Aktivisten zum Beispiel der *Bewegung 2. Juni* in der Frühphase durchaus auch selber mit »altmodischer Bombenwerfer-Romantik« umgeben (*Spiegel*, 3.3.1975: 22; vgl. *Sturm* 2006), traten sie inzwischen weit unauffälliger auf. Sie fuhren »keine auffälligen Autos und pflegten keinen aufwendigen Lebensstil. Sie kleideten sich korrekt, trugen die Haare kurz und fuhren mit der Bundesbahn zweiter Klasse« (Horchem 1993: 88).<sup>9</sup> Als »Student oder Angestellter getarnt, als Verlobte oder Jungvermählte grüßend, leben die Anarcho wie der Bürger von nebenan« (*Spiegel*, 12.9.1977: 26). Kurzum: Sie pflegten eine nahezu perfekte »bürgerliche Mimikry« (Herold 1976: 404). Auch die Strukturen des Terrorismus hatten sich inzwischen grundlegend verändert. Das BKA sah die »westdeutsche Anarcho-Szene als Konglomerat voneinander abgeschotteter Zellen« von insgesamt rund 300 Aktivisten und Helfern. Diese würden »nicht mehr – wie zu Baaders Zeiten – zentralistisch organisiert«, sondern führerlos operieren. Oft agierten nur Kleinstgruppen von zwei Personen. Hinzu kamen etwa 1.600 bis 2.000 »Sympathisanten« (*Spiegel*, 22.9.1975: 77; vgl. 10.3.1975: 25.). Es gab »kein Hauptquartier und keine zentrale Führung« (*Spiegel*, 22.9.1975: 77).

Letztlich spiegelten viele der lautstark und öffentlichkeitswirksam inszenierten Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung auch die offene Frage, wie denn mit den militanten Aktivisten umzugehen sei. Diese Unsicherheit nährte sich aus mehreren Quellen. Grundsätzlich ist sie besser zu verstehen, berücksichtigt man, dass Innenpolitiker, Kriminologen und Polizisten seit Beginn der 1970er Jahre ohnehin mit der Erosion alter Gewissheiten konfrontiert waren. Vor allem die Jugenddelinquenz weitete sich räumlich und sozial aus, und verlor damit ihre festen Orte und die enge Bindung an das Unterschichtenmilieu. Gewalt schien nun in jeder Nische des gesellschaftlichen Alltags zu lauern (Weinhauer 2005; Weinhauer/Briesen 2007). Zudem handelte es sich beim Terrorismus um eine nahezu unsichtbare politische Bedrohung, vor allem für solche Polizisten, die es gewohnt waren (vgl. *Stern*, 15.9.1977: 30, 32), das hierarchische System ihrer Institution auf diese »Gegner« zu übertragen. Unsicherheiten im Umgang mit den militanten Aktivisten unterminierten zeitweise auch die politische Geschlossenheit, als zum Beispiel der rheinland-pfälzische Innenminister Heinz Schwarz Ende 1974 interne BKA-Informationen über Terroristen veröffentlichte, um im Vorfeld von Landtagswahlen die eigenen Anti-Terroraktivitäten zu unterstreichen (*Spiegel*, 21.8.1972: 14; 2.12.1974: 29; 20.1.1975: 36ff.; 10.3.1975: 26; *Stern*, 27.2.1975: 171f.). Auch die West-Berliner Polizei war durch die Ereignisse um die Lorenz-Entführung irritiert. Denn unter dem Druck der Erfolglosigkeit kritisierten auch Polizisten

öffentlich die Arbeit der Polizei. Ein polizeiinterner Bericht nannte dies »»Dolchstöße« aus den eigenen Reihen«. Zudem mahnten leitende Polizeibeamte, es komme jetzt darauf an »nicht die Nerven zu verlieren und einander mehr denn je zu vertrauen.«<sup>10</sup> Die Verhaftungen vom September 1975 (Juliane Plambeck, Ralf Reinders, Inge Viett, Fritz Teufel, Gabriele Rollnik) stärkten jedoch das »lange lädierte Selbstbewusstsein« zumindest der Berliner Polizei wieder (*Spiegel*, 15.9.1975: 32f.; 22.9.1975: 70-81, Zitat 72).

Ein wichtiges Mittel, um zumindest nach außen staatliche Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, schien zu heißen: »Mehr Staatsgewalt als je zu vor« (*Spiegel*, 3.3.1975: 27) zu zeigen und damit gut sichtbar den »Staat in Erscheinung« (*Spiegel*, 18.11.1974: 29; vgl. ebd. 2.12.1974: 27) treten zu lassen. Mit Blick auf die starken Worte mancher Politiker kommentierte der *Spiegel* im März 1975 jedoch bissig, der Glaube, dass allein mit »Geld und Gesetzen dem Übel beizukommen sei«, könne, wenn »nicht aus Einfalt, nur wider besseren Wissens verbreitet werden« (*Spiegel*, 10.3.1975: 24). Angesichts unspezifischer Täterprofile, unklarer Organisationsstrukturen sowie der damit verbundenen diffusen Gesamtlage setzte die Polizei in der Terrorismusbekämpfung noch stärker auf eine medial inszenierte »Mobilmachung der Bürger«. So wurde intensiv versucht, mittels »Volks-Fahndung« (*Spiegel*, 26.7.1976: 30) weiter zu kommen und den »Bürger als Kommissar« (*Stern*, 16.4.1978: 30) zu nutzen. Auch Fahndungspuppen wurden eingesetzt, die wie die jeweils Gesuchten gekleidet waren (vgl. *Spiegel*, 26.7.1976: 28, 30). Zudem wurde am 7. Mai 1975 am BKA Dienstort Bonn-Bad Godesberg eine Abteilung Terrorismus mit über 200 Mitarbeitern eingerichtet, die erst im Juli 1978 zum Hauptsitz nach Wiesbaden umzog (vgl. Mergen 1987; Schenk 1998: 364). Darüber hinaus verbesserten die Landeskriminalämter gemeinsam mit dem BKA seit Sommer 1975 ihre Fahndungsraster. Vor allem Hochhäuser und Wohnblocks wurden auf ihr Potential für konspirative Wohnungen überprüft (vgl. *Spiegel*, 22.9.1975: 72f.).

Das Jahr 1977 brachte dann weitere dramatische Ereignisse, unter anderem die Ermordung von Bundesanwalt Siegfried Buback, des Chefs der Deutschen Bank Jürgen Ponto und von Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer. Hinzu kam die Entführung einer Lufthansamaschine und die Befreiung der darin festgehaltenen Passagiere durch die GSG 9 des Bundesgrenzschutz sowie der Tod der militärischen Aktivisten Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe (in Stuttgart-Stammheim) und Ingrid Schubert (München-Stadelheim) (Peters 2004). Angesichts der drängenden Probleme griff die Polizei im Oktober 1977 wieder stärker auf die gesamte Palette von Fahndungsmaßnahmen zurück. Es kam zur »Fahndung total«. Jedoch war vieles, so der *Spiegel*, »zu einem guten Teil Routine mit Alibiwert – Staat zeigen, vorübergehend wohl, wie früher auch schon«. Denn im Grunde hoffte die Polizei nach wie vor, dass die Bürger durch »Hinweise

aller Art das zuwege bringen, was sie sich allein kaum besorgen kann: den entscheidenden Tipp für den Zugriff« (*Spiegel*, 24.10.1977: 12; vgl. 26.6.1972: 72).

Wie der damalige Bundespressesprecher Klaus Bölling rückblickend betonte, entstand spätestens seit der Schleyer-Entführung in der Bonner Regierung, aber auch in der Opposition ein Gefühl der Wut, das die Dämonisierung der RAF verstärkte und die von ihr ausgehende Bedrohung noch gefährlicher erscheinen ließ (vgl. Schenk 1998: 278). Jedoch hatten die speziell im »Bollwerk Bonn« (*Spiegel*, 19.9.1977: 32) getroffenen Sicherheitsmaßnahmen für Politiker oft mehr symbolischen als praktischen Nutzen. Immer wieder wurde über Missstände, Kommunikations- und Kooperationsprobleme berichtet (*Spiegel*, 2.1.1978: 36; *Stern*, 15.9.1977: 28; 22.9.1977: 252f.). Zudem lenkten Schutzpolizisten ihr Augenmerk bei Kontrollen immer noch eher auf Personen aus der unteren Unterschicht als auf diejenigen aus gebildeten Schichten, aus denen die meisten Terroristen jedoch zumeist kamen (vgl. *Spiegel*, 7.11.1977: 30). Hier »unten«, im Fahndungsalltag vor Ort, waren also die Erkenntnisse über das gewandelte Erscheinungsbild der militanten Aktivisten noch nicht angekommen.

Zwischen 1974 und 1977 waren der Terrorismus und seine Bekämpfung das zentrale Thema auf dem Feld der Inneren Sicherheit. Wenngleich auch einige Innenpolitiker und Polizisten erkannt hatten, dass Terrorismus allein durch den Einsatz staatlicher Gewalt nicht beseitigt werden konnte, setzten sie nach wie vor auf Lösungsmuster, die entscheidend von der Dichotomie Staat versus Terroristen geprägt waren; andere Blickwinkel oder gar eine Deeskalation blieben undenkbar (Scheiper 2006). Während der bundesdeutsche Staat mittels der Terrorismusbekämpfung Stärke zeigten und damit seine Schutzfunktionen demonstrieren konnte, entstand in großen Teilen der Gesellschaft zumindest phasenweise eine identitätsstiftende Geschlossenheit, eine »Vertiefung des Wir-Gefühls« (Schmidt 1978: 5f.). Die polizeiliche Fahndung war 1977 jedoch anscheinend an kaum überwindbare Grenzen gestoßen (vgl. *Spiegel*, 7.11.1977: 26-33). Eine »noch nie festgestellte Diskrepanz zwischen Ermittlungsperfektion und Fahndungsdefizit« (*Spiegel*, 24.10.1977: 13; vgl. auch 7.11.1977: 27) wurde erkennbar. 1978 gab es zwar einige Festnahmen,<sup>11</sup> vor allem aber zahlreiche Skandale und Fahndungspannen. Im Mai 1978 wurde Till Meyer aus dem Gefängnis in Berlin Moabit befreit (vgl. *Spiegel*, 5.6.1978: 31-41; Meyer 1998: 356-362). Im August unterblieb die Festnahme von Christian Klar, Willy-Peter Stoll und Adelheid Schulz aufgrund einer Fahndungspanne bei Michelstadt (vgl. Schenk 1998: 359-364; *Spiegel*, 28.8.1978: 21-30).

**b) Terrorismusbekämpfung und gesellschaftliche Gegenmacht um 1978**

Der »Deutsche Herbst« von 1977 bedeutete eine Zäsur für die gesellschaftlichen (Re-)Aktionen gegenüber der staatlich-polizeilichen Terrorismusbekämpfung. Im Begriff Deutscher Herbst, der etwa Ende 1977/Anfang 1978 geprägt wurde (Botzat/Kiderlen/Wolff 1997),<sup>12</sup> vermischten sich neben Trauer und Wut auch Reflexionen über die Zukunft nach den bewegenden Wochen vom September/Oktober 1977. So erhielt nun ein vorrangig auf Ausgrenzung und polizeiliche Repression setzender Umgang mit dem Linksterrorismus unter Politikern allmählich Konkurrenz durch andere Denkansätze. Die Kriegsmetapher zur Deutung terroristischer Gewalt verlor an Überzeugungskraft (Musolff 1996; 2006). Auch die Ursachenanalyse des Linksterrorismus wurde vorangetrieben, wenngleich die Umsetzung wissenschaftlicher Forschungen immer noch zu Spannungen zwischen Politik und Wissenschaft führte (vgl. Sack/Steinert 1984: 19-22). Zudem intensivierten einige Politiker wie der damalige Westberliner Wissenschafts-senator Peter Glotz die Kommunikation mit dem links-alternativen Milieu (Hoffmann-Axthelm/Kallscheuer/Knödler-Bunte 1978). Wenngleich die Grenze zu RAF und anderen Militanten klar gezogen wurde, schienen die Zeiten großflächiger Exklusion vorbei zu sein. Zwar wurde auch in den 1980er Jahren vor allem auf konservativer Seite noch eine harte Linie im Kampf gegen den Linksterrorismus vertreten, seit dem Deutschen Herbst konnte dessen Bekämpfung jedoch weit weniger erfolgreich genutzt werden, um Innere Sicherheit möglichst umfassend herzustellen, das heißt Staatlichkeit nach innen darzustellen, zu definieren und zu festigen und somit zu legitimieren. Auch waren der Terrorismus und seine Bekämpfung kaum noch in der Lage, breite gesellschaftliche Identität zu formieren. Skeptische Stimmen kritisierten polizeiliche Aktivitäten und damit staatliches Handeln stärker als zuvor.

Auf der parlamentarisch-politischen Ebene rückte der Bericht des ehemaligen Innenministers Hermann Höcherl vom 31. Mai 1978 über Pannen bei der Fahndung nach den Schleyer-Entführern interne Probleme in der Polizei, vor allem die Tätigkeit des BKA ins Rampenlicht (Deutscher Bundestag 1978). Höcherl nannte drei Hauptkritikpunkte: interne Organisationsprobleme, die mangelnde Trennung zwischen Polizei und Politik sowie zu große Kompetenzen des BKA. Auch der Amtsantritt von Innenminister Gerhard Baum (Juni 1978) markiert einen wichtigen Einschnitt. Nach den Fahndungspannen bei der Schleyer-Entführung war Innenminister Werner Maihofer zurückgetreten. Sein Nachfolger stand dem BKA weit kritischer gegenüber und begann damit, dessen Datensammelaktivismus ebenso wie dessen Allmachts- und Kontrollfantasien zu dämpfen (vgl. ebd.: 95). Unter diesen Rahmenbedingungen gerieten das BKA und mit ihm Horst Herold zunehmend in die politische Kritik sowie in die Kritik der

Presse und der Datenschützer (vgl. Schenk 1998: 371-384, 387-396, 430-433). Herolds Rücktritt im März 1981 besiegelte dann eine Entwicklung, die bereits im letzten Drittel der 1970er Jahre begonnen hatte.

Auch in der Presse mehrten sich kritische Berichte. War die im Februar 1977 publizierte Aufdeckung des Abhörens von Atomwissenschaftler Klaus Traube (vgl. Schenk 1998: 238; Traube 1977) noch von den RAF-Aktionen überlagert worden, artikulierten Presseorgane seit 1978 dauerhaft Kritik an der scheinbar unbegrenzten Fahndungstätigkeit der Sicherheitsorgane. So fragte der *Spiegel* im Mai 1978 mit Blick auf die Überwachungstätigkeit des BGS: »Sind wir ein Verfassungsschutzstaat?« (*Spiegel*, 22.5.1978: 26; vgl. auch schon 7.6.1976: 110-114).<sup>13</sup> Im August 1978 veröffentlichten der *Stern* (»SOS – Freiheit in Deutschland«) gefolgt vom *Spiegel* im Mai 1979 (»Das Stahlnetz stülpt sich über uns«) viel beachtete Serien, die später auch als Bücher erschienen (Bölsche 1979; Koch/Oltmanns 1978). Zudem berichtete das Fernsehmagazin *Report* im Oktober 1978 über die Datensammlungen des BKA (vgl. Schenk 1998: 372). Insgesamt gesehen sahen linke und liberale Staatskritiker die vermeintliche staatliche Allmacht nicht – wie noch Mitte/Anfang der 1970er Jahre häufig vermutet – ausschließlich in einem neuen Faschismus kulminieren. Vielmehr schien der »Weg in den Überwachungsstaat« (Bölsche 1979; vgl. Enzensberger 1979) zu einem Sicherheitsstaat Orwellscher Prägung zu führen (vgl. Bölsche 1979: 111-134; Brückner/Damm/Seifert 1976). »1984 liegt nicht mehr fern«, schrieb der *Spiegel* (7.6.1976: 110). In dieser Kritik gegenüber elektronischen (staatlichen) Datensammlungen zeigt sich – und das ist mit Blick auf die deutsche Geschichte kaum zu überschätzen – das Aufbrechen einer essenziellen Denkbarriere: Staatliches Handeln wurde skeptischer betrachtet und galt nicht mehr als unhinterfragbar und per se gerechtfertigt.

Die gesellschaftlichen Prozesse zu diesem in den Medien artikulierten Einstellungswandel sind noch nicht genau analysiert worden; bisher lassen sich nur grobe Tendenzen umreißen. Grundsätzlich könnte ein Impuls für die daten- und staatskritische Haltung von Journalisten ausgegangen sein, die sich in polizeilichen Dateien wiederfanden oder selbst überwacht wurden (vgl. Bölsche 1979: 9). In breiterer Perspektive scheint vor allem dem Eindruck staatlicher (insbesondere: polizeilicher) Allgegenwart und Allmacht – sei sie praktisch erfahren oder medial vermittelt – eine wichtige Katalysatorrolle zuzukommen. Auf der Ebene alltagspraktischer Erfahrungen zeigte sich polizeiliche Macht im gesellschaftlichen Alltag weit präsenter als zuvor. In großstädtischen Wohnvierteln waren Kontaktbereichsbeamte tätig, wenngleich dies nicht so viele waren, wie von Polizeireformern gewünscht. Auch die polizeilichen Kontrollen im Rahmen der Terroristenfahndung konnten den Eindruck einer flächendeckenden Polizeipräsenz wecken (vgl. Busch/Funk/Kauß/Narr/Werkentin 1988: 302-306), aber auch ähnlich politisierend wirken wie die politischen Überprüfungen für die Einstellung in den öffentlichen Dienst (Bölsche 1979; Beispiele bei

Brückner/Damm/Seifert 1976). Zudem war die Polizei inzwischen – ungeachtet aller Kommunikations- und Kooperationsprobleme – unzweifelhaft technisch moderner ausgerüstet und weit intensiver in die Netzwerke sozialstaatlicher Institutionen eingebunden als noch zu Beginn der 1960er Jahre. All dies wurde um 1978 in Teilen der Gesellschaft als Bedrohung empfunden, schien doch polizeiliche Tätigkeit aus dieser Sicht eher dem Schutz des Staates als dem der Bürgerinnen und Bürger zu dienen.

Darüber hinaus hatte die hohe Medienpräsenz polizeilicher Themen und Maßnahmen, speziell die der Terrorismusbekämpfung, äußerst ambivalente Wirkungen. Zum einen aktivierte sie augenscheinlich tatsächlich einige Bürgerinnen und Bürger, sich zeitweise im Sinne der Terrorismusbekämpfung zu engagieren (vgl. u.a. *Bild-Zeitung*, 27.10.1971: 3; *Spiegel*, 26.7.1976: 28f.). Zum anderen generierten diese Aufrufe jedoch eine so unspezifische Informationsflut an staatliche Einrichtungen, dass Bundespräsident Walter Scheel sich im Juni 1978 veranlasst sah, diese Denunziationshaltung zu kritisieren: Die Verbrechensbekämpfung sei »in erster Linie Aufgabe der Polizei«. Auch sollten »wir uns vor Übereifer hüten und immer die Privatsphäre des Mitbürgers respektieren« (*Die Polizei* 1978: 192; vgl. Reuband 2001: 221). Die von Innenminister Baum getroffenen Maßnahmen gegen die Daten(sammel-)macht des BKA sollten deshalb nicht nur als Reaktion auf die darauf bezogene gesellschaftliche Kritik angesehen werden, sondern auch als ein Mittel im Kampf gegen diese Denunziationen. Drittens geht man wohl nicht fehl in der Annahme, dass es unter den Denunzierten einige gab, die nun eine zumindest partiell staatskritische Haltung entwickelten oder deren bereits vorhandene verstärkt wurde.

Zudem wurden staats- und datenkritische Positionen inzwischen nicht mehr nur von Individuen, sondern auch von sozialen Bewegungen vertreten. Dabei dürften bereits vorhandene Impulse zur gesellschaftlichen Selbstorganisation von der staatlich-polizeilichen Terrorismusbekämpfung verstärkt worden sein. So entstanden um 1978/79 viele »Neue Soziale Bewegungen«, an denen zum Beispiel in den zahlreichen Bürgerinitiativen auch »normale Bürger« teilnahmen. Diese Neuen Sozialen Bewegungen waren eher als dezentrale Netzwerke denn als Parteien organisiert und weniger stark als die 68er-Aktivisten an einem zentralen politischen Ziel ausgerichtet, sondern an einer Vielzahl kleiner Zielpunkte (vgl. Brand/Büsser/Rucht 1983; Görtemaker 2004: 620-652; Kraushaar 2004; Roth/Rucht 1987; Roth 1985; Redaktion Atom Express 1997). Auch innerhalb der Linken, speziell unter den undogmatisch-spontaneistischen Teilen (im damaligen Jargon »Spontis« genannt), entwickelten sich Aufbruchversuche, die sich im Januar 1978 im Westberliner TUNIX-Kongress manifestierten. Organisiert von zahllosen Kommunikationsnetzwerken der basisgruppenorientierten Sponti-Linken, markiert dieser Kongress den Auftakt einer Welle von Alternativprojekten (vgl. Geronimo 1990: 68-71; Hoffmann-Ax-

helm/Kallscheuer/Knödler-Bunte 1978; Kraushaar 1978). Bis etwa 1982 wurden vom links-alternativen Spektrum Häuser besetzt, aber auch Proteste gegen Atomkraft sowie gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens durchgeführt (vgl. Hoffmann-Axthelm/Kallscheuer/Knödler-Bunte 1978: 91).<sup>14</sup> In diesem politischen Spektrum sah man die Erklärungskraft des Faschismusbegriffs erschöpft; denn »allein die Aufzählung repressiver Maßnahmen, und seien sie noch so zahlreich und bedrohlich, mache noch keinen Faschismus aus«. Vielmehr habe das »Gejammer von der staatlichen Repression« Protestaktivitäten oft gelähmt (ebd.: 128, 133). Auch das regelmäßige bundesweite Erscheinen der *tageszeitung (taz)* ab April 1979 gehört zu dieser staats- und gesellschaftskritischen Aufbruchsatmosphäre. Zu nennen wäre auch die Gründung einer bundesweiten Grünen Partei (Januar 1980), deren lokale Ursprünge bis ins Frühjahr 1977 zurückreichten, sowie die Aktivitäten einer neuen Frauenbewegung. Jedoch zeigten sich auch am anderen Ende des politischen Spektrums Ende der 1970er-Jahre Aufbrüche: die Gründung zahlreicher rechtsradikaler Vereinigungen, speziell innerhalb jugendlicher Subkulturen (vgl. Backes/Jesse 1996: 60-138; Dudek/Jaschke 1984: Bd.1, insb. Kap. 3d).

Die Skepsis gegenüber Datensammlungen und staatlicher Macht sollte ohnehin nicht als gesamtgesellschaftlicher Trend betrachtet werden. So hielt sich die positive Sicht auf Datensammlungen und umfangreiche Fahndungsdateien in der Polizei ohnehin weit länger – mindestens bis ins erste Drittel der 1980er Jahre. Dies hatte drei Ursachen (vgl. Weinhauer 2004). Erstens waren polizeiliche Organisationen jener Jahre relativ hermetische Einrichtungen, die sich von der Außenwelt tendenziell abschotterten. Zweitens wirkten die bei den Instanzen der Inneren Sicherheit zur Bekämpfung politischer Gewalt geschaffenen Institutionen als Informationsfilter. Drittens waren der während der Schleyer-Entführung eingerichtete parteiübergreifende Kleine und Große Krisenstab nicht gerade dazu angetan, die Entscheidungsfindung auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit zu demokratisieren.<sup>15</sup> Erst allmählich zwang das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 1983 zum Umdenken (vgl. Busch/Funk/Kauß/Narr/Werkentin 1988: 205-223). Gleichzeitig war ein allmählicher Wandel auch auf dem Gebiet der polizeilichen Einsatztaktik gegenüber Demonstrationen zu erkennen, wenngleich genauere Untersuchungen über die Polizeipraxis noch ausstehen und zudem äußere Einwirkungen wie das Brokdorf-Urteil vom Mai 1985 zum liberalen Umgang mit Demonstrationen mitbedacht werden müssen (vgl. Winter 1998: 281ff.).

## IV. Zusammenfassung

Am Beispiel des Linksterrorismus fragte dieser Beitrag, wie sich die Praxis der staatlich-polizeilichen Bekämpfung, deren mediale Inszenierung sowie

deren gesellschaftliche Wahrnehmung in den 1970er Jahren entwickelt haben. Aus sozial- und kulturgeschichtlicher Perspektive zeigt sich um 1978 eine deutliche Zäsur: Auf staatlicher Seite verloren Exklusion und polizeiliche Repression den alleinigen Vorrang beim Umgang mit dem Terrorismus ebenso wie Kriegsmetaphern ihre argumentative Überzeugungskraft einbüßten. An ihre Seite traten u.a. Ursachenanalysen des Terrorismus sowie Kommunikation, wenn nicht mit Terroristen, so doch zumindest mit dem links-alternativen Milieu.<sup>16</sup> Auch die scheinbare Allmacht des Bundeskriminalamts wurde von politischer Seite beschnitten. In Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft sowie in den Medien wuchs die Kritik an elektronischen Datensammlungen der Polizei. Damit artikulierte sich eine staatskritische Haltung, die staatliches Handeln nicht mehr als sakrosankt und per se gerechtfertigt ansah. Gleichzeitig befand sich die gesellschaftliche Selbstorganisation (u.a. Neue Soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen, alternative Zeitungsprojekte) im Aufschwung. Vor dem Hintergrund zunehmender gesellschaftlicher Selbstorganisation wurde der (Wahrnehmungs-)Wandel um 1978 stark beeinflusst durch die Medienoffensive zur Terrorismusbekämpfung, vorangetrieben von Polizei und Politik. Hatten staatlich-polizeiliche Maßnahmen gegen den Terrorismus bis dahin überwiegend Zustimmung gefunden, so löste der Eindruck staatlicher Allgegenwart und Allmacht seit etwa 1978 vermehrt Ängste aus – die oft von den Neuen Sozialen Bewegungen thematisiert wurden. Ähnliche Befürchtungen hatte es zwar zuvor auch schon gegeben, doch war nun augenscheinlich eine neue Qualität erreicht. Nicht mehr Faschismus, sondern der Überwachungsstaat Orwellscher Prägung schien der Zielpunkt staatlicher Aktivitäten zu sein. Der »Sicherheitsstaat« im »Modell Deutschland« war kein allgemein akzeptiertes Zukunftsversprechen mehr, sondern auch eine Bedrohung (Hirsch 1980; Hirsch/Roth 1980).

Da sich die bisherige Terrorismusforschung entweder auf biographische Fragen oder auf sozialstrukturelle Ursachen konzentriert hat, sind all diese Aspekte lange übersehen worden. Angesichts des dürftigen Forschungsstands ist zur Zeit nicht genau abzuschätzen, wie weit die Skepsis gegenüber staatlichen Datensammlungen, das kritischere Staatsverständnis sowie die intensivierte Selbstorganisation in die Gesellschaft hineinreichten und welche Altersgruppen und Schichten davon erfasst wurden. Wie eine im Juli 1978 publizierte repräsentative Emnid-Umfrage ergab, erschienen Bürgerinitiativen immerhin etwa zwei Dritteln der Bundesbürger als ein wirksames Mittel politischer Einflussnahme. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass »nur ganze 11 Prozent« der Bundesbürger politische Artikulationsmöglichkeiten wahrgenommen hatten, also 89 Prozent sich in dieser Hinsicht politisch abstinenter verhielten.<sup>17</sup>

Mit Blick auf den Linksterrorismus sowie dessen Bekämpfung erodierte nach dem Deutschen Herbst 1977 die Legitimität staatlicher Herrschaft bzw. (sozial-)staatlicher Problemlösungskompetenz. Gleichzeitig war die

bundesdeutsche Gesellschaft eine andere geworden; gesellschaftliche Selbstorganisation gewann an Bedeutung, was auch mit einem Rückzug des Staates verbunden war. Insgesamt gesehen wurde staatliches Handeln im letzten Drittel der 1970er Jahre verhandelbarer – konnte also weniger als zuvor vorrangig von Politikern, sondern stärker auch von anderen gesellschaftlichen Akteuren mitbestimmt werden. Mit Blick auf die zeitgenössisch weit verbreitete Meinung, Staat (und damit auch Polizei) seien im »Jahrzehnt Innerer Sicherheit« tatsächlich übermächtig, sollten die Ergebnisse dieses Beitrags daran erinnern, dass sowohl der – in diesem Beispiel staatlichen – Instrumentalisierung von Medien als auch der staatlich induzierten gesellschaftlichen Mobilisierung nicht nur formale, sondern auch praktische Grenzen gesetzt sind; welche Reaktionen hervorgerufen werden, ist (auch heute noch) kaum vorhersehbar. Auf jeden Fall sollte der wie auch immer definierten Gesellschaft nicht vorschnell ein passiver Opferstatus zugeschrieben werden; vielmehr kann sich soziale Gegenmacht potentiell (fast) immer entwickeln.

## Anmerkungen

- 1 Terrorismus steht hier in Anführungszeichen, weil es sich um keine neutrale Beschreibung, sondern um einen politisch abqualifizierenden Terminus handelt, der die so Bezeichneten delegitimieren soll. Aus stilistischen Gründen werden diese Anführungszeichen jedoch im Folgenden weggelassen, sind jedoch stets mitzudenken. Vgl. zur Begriffsdefinition Waldmann (1998: 10) sowie zum aktuellen Forschungsstand zum bundesdeutschen Linksterrorismus der 1970er Jahre Weinhauer/Requate/Haupt (2006) und Weinhauer (2004).
- 2 Vgl. als Ausnahme Sack (1984); ferner als Überblick zur Terrorismusforschung die in Anmerkung 1 genannte Literatur.
- 3 Vgl. als diskursanalytische Studie Kunz (2005).
- 4 Zum polizeigeschichtlichen Forschungsstand Weinhauer (2003) und Fürmetz/Reinke/Weinhauer (2001); ferner aus sozialwissenschaftlicher Sicht Lange (1999); Winter (1998); Busch/Funk/Kauß/Narr/Werkentin (1988); Werkentin (1984). Zu mediengeschichtlichen Aspekten Weisbrod (2003).
- 5 Vgl. zu den dramatisierenden Tendenzen Bolle/Bruns/Larking/Schrammer (1977); Antifaschistische Komission des Kommunistischen Bundes (1978a; 1978b); Gössner/Herzog (1982). Vgl. zur Kritik dieser Literatur: CILIP (1983); sowie Busch/Werkentin (1984).
- 6 Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Innenes Nr. 243, Innenministerkonferenz vom 13.9.1972 (Tagesordnungspunkt Nr. 9).
- 7 Jackie Stewart war ein zeitgenössischer Rennfahrer.

- 8 Das Zitat stammt von Innenminister Maihofer.
- 9 Vgl. auch das BKA-Dossier »Lagebericht anarchistische Gewalttäter«, auszugsweise abgedruckt in: *Spiegel*, 25.11.1974: 33.
- 10 Landesarchiv 1975, Berlin B Rep 020 Acc 2984 Nr. 7877, Besprechung vom 19.3.1975.
- 11 Zur Festnahme von Peter-Jürgen Boock, Sieglinde Hofmann, Brigitte Mohnhaupt und Rolf Clemens Wagner in Zagreb vgl. *Spiegel* (5.6. 1978: 26-31).
- 12 Vgl. ferner den im März 1978 uraufgeführten Film »Deutschland im Herbst«; zu diesem Film Uka (2006).
- 13 Der BGS hatte u.a. nach dem Mitführen linksextremistischer Publikationen sowie nach Grenzübertritten linksextremistischer Personen gefahndet und die so gewonnenen Erkenntnisse an die Geheimdienste weitergeleitet.
- 14 Neuerdings zu Umweltprotesten vgl. Engels (2006: bes. 377-399).
- 15 Diese Gremien inspirieren deshalb zur Legendenbildung, weil entweder keine Mitschriften ihrer Beratungen existieren oder noch nicht frei zugänglich sind. Erste Einblicke vermittelt Schenk (1998: 278-293).
- 16 In Staat und Gesellschaft wurde die Kommunikation mit Terroristen selber erst im Laufe der 1990er Jahre auf breiterer Ebene denk- und praktizierbar (Requate 2007).
- 17 Emnid Informationen 7, 1978, S. 9.

## Literatur

- Abgeordnetenhaus von Berlin (1982), 9. Wahlperiode, Drucksache 9/544, Nr. 122: »Abschlußbericht zur Durchführung der Polizeireform«, S. 11-15.
- Antifaschismus-Kommission des Kommunistischen Bundes (1978a): »*Jeder kann der nächste sein. Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse seit 1971 und ihre Legitimierung*«, Hamburg: Reents.
- (1978b): *Nach Schleyer. >Sonderpolizei< in der BRD – Dokumentation zum Wiederaufbau einer GeStaPo in Westdeutschland*, Hamburg: Reents.
- Assmann, Holger (1978): »»MEK« – nicht nur »verbrannte Erde««. In: *Kriministik* 32, S. 75f.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (1996): *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (4., völlig überarb. u. aktualisierte Aufl.).
- Balz, Hanno (2006): »Der >Sympathisantendiskurs< im Deutschen Herbst«. In: Klaus Weinhauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt/New York: Campus, S. 320-350.

- Becker, Peter (2005): *Dem Täter auf der Spur. Eine Geschichte der Kriminalistik*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Bolle, B./Bruns, D./Larking, G.B./Schrammar, F. (1977): *Mit Samtenschuh und Eisenfaust – Polizei und Polizisten in der BRD*, Hamburg: Association.
- Bölsche, Jochen (1979): *Der Weg in den Überwachungsstaat*, Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.
- Botzat, Tatjana/Kiderlen, Elisabeth/Wolff, Frank (1997): *Ein deutscher Herbst. Zustände 1977*, Frankfurt a.M.: Neue Kritik [1978].
- Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter (1983): *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Braun, Hans (1978): »Das Streben nach ›Sicherheit‹ in den 50er Jahren. Soziale und politische Ursachen und Erscheinungsweisen«. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 18, S. 279-306.
- Briesen, Detlef/Weinhauer, Klaus (Hg.) (2007): *Jugend, Delinquenz und gesellschaftlicher Wandel. Bundesrepublik Deutschland und USA nach dem Zweiten Weltkrieg*, Essen: Klartext.
- (2007): »Jugenddelinquenz in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg. Forschungsstand und Forschungsperspektiven«. In: dies. (Hg.), *Jugend, Delinquenz und gesellschaftlicher Wandel. Bundesrepublik Deutschland und USA nach dem Zweiten Weltkrieg*, Essen: Klartext, S. 13-25.
- Brückner, Peter/Damm, Diethelm/Seifert, Jürgen (1976): *1984 schon heute oder wer hat Angst vorm Verfassungsschutz?*, Frankfurt a.M.: Neue Kritik.
- Busch, Heiner/Funk, Albrecht/Kauß, Udo/Narr, Wolf-Dieter/Werkentin, Falco (1988): *Die Polizei in der Bundesrepublik*, Frankfurt/New York: Campus.
- /Werkentin, Falco (1984): »Linke Bilder vom Leviathan. Kurz vor Neunzehnhundertvierundachtzig«. In: Bernd-Peter Lange/Anna Maria Stuby (Hg.), *1984* (Argument Sonderband 105), Berlin: Argument, S. 19-40.
- Cobler, Sebastian (1980): »Herold gegen alle. Gespräche mit dem Präsidenten des Bundeskriminalamts«. In: *Transatlantik*, S. 29-40.
- Conze, Eckart (2005): »Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer ›modernen Politikgeschichte‹ der Bundesrepublik Deutschland«. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 53, S. 357-380.
- Cremer-Schäfer, Helga/Steinert, Heinz (1998): *Straffluss und Repression. Zur Kritik der populistischen Kriminologie*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- CILIP (1983): »Die hilflose Polizeikritik. Eine Auseinandersetzung mit polizeikritischer Literatur der letzten Jahre«. In: *CILIP. Bürgerrechte und Polizei* 13, S. 4-36.
- Deutscher Bundestag (1978): 8. Wahlperiode, Drucksache 8/1881, 7.6.
- Dietl, Wilhelm (2000): *Die BKA-Story*, München: Droemer.

- Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd (1984): *Entstehung und Entwicklung des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderer politischen Kultur*, Opladen: Westdeutscher Verl. (2 Bde).
- Engels, Jens Ivo (2006): *Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideewelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950 bis 1980*, Paderborn u.a.: Schöningh.
- Enzensberger, Hans Magnus (1979): »Unentwegter Versuch, einem New Yorker Publikum die Geheimnisse der deutschen Demokratie zu erklären«. In: *Kursbuch 56*, S. 1-14.
- Funk, Abrecht (1991): »»Innere Sicherheit«: Symbolische Politik und exekutive Praxis«. In: Bernhard Blanke/Helmut Wollmann (Hg.), *Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 367-385.
- /Werkentin, Falco (1977): »Die siebziger Jahre: das Jahrzehnt innerer Sicherheit«. In: Wolf-Dieter Narr (Hg.), *Wir Bürger als Sicherheitsrisiko – Berufsverbote und Lauschangriff – Beiträge zur Verfassung der Republik*, Reinbek b. Hamburg: Rowohlt, S. 189-210.
- Fürmetz, Gerhard/Reinke, Herbert/Weinhauer, Klaus (Hg.) (2001): *Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945-1969*, Hamburg: Ergebnisse.
- (2001): »Nachkriegspolizei in Deutschland. Doppelte Polizeigeschichte 1945-1969«. In: Dies. (Hg), *Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945-1969*, Hamburg: Ergebnisse, S. 7-33.
- Garland, David (1996): »The Limits of the Sovereign State. Strategies of Crime Control in Contemporary Society«. In: *British Journal of Criminology* 36, S. 445-471.
- (2001): *The Culture of Control. Crime and Social Order in Contemporary Society*, Oxford: Oxford UP.
- (2004): »Die Kultur der ›High Crime Societies‹. Voraussetzungen einer neuen Politik von ›Law and Order‹«. In: Dietrich Oberwittler/Susanne Karstedt (Hg.), *Soziologie der Kriminalität*, Wiesbaden: VS, S. 36-68.
- Geronimo (1990): *Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen*, Amsterdam u.a.: Edition ID-Archiv.
- Görtemaker, Manfred (2004): *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Gössner, Rolf/Herzog, Uwe (1982): *Der Apparat. Ermittlungen in Sachen Polizei*, Köln: Kiepenheuer und Witsch.
- Herold, Horst (1976): »Taktische Wandlungen des deutschen Terrorismus«. In: *Die Polizei* 67, S. 401- 405.
- Hirsch, Joachim (1980): *Der Sicherheitsstaat*, Frankfurt a.M.: Europäische Verlags-Anstalt.
- /Roth, Roland (1980): »»Modell Deutschland« und neue soziale Bewegungen«. In: *Prokla* 40, S. 14-39.

- Hoffmann-Axthelm, Dieter/Kallscheuer, Otto/Knödler-Bunte, Eberhard (1978): *Zwei Kulturen? – Tunix, Mescalero und die Folgen*, Berlin: Ästhetik und Kommunikation.
- Horchem, Hans Josef (1993): *Auch Spione werden pensioniert*, Herford u.a.: Mittler.
- Koch, Peter/Oltmanns, Reimar (1978): *SOS – Freiheit in Deutschland*, Hamburg: Gruner und Jahr.
- Kraushaar, Wolfgang (Hg.) (1978): *Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung*, Frankfurt a.M.: Neue Kritik.
- (1997): »Der Kanzler und seine Krisenstäbe. Der nicht-erklärte Ausnahmezustand während der Schleyer-Entführung«. In: Tatjana Botzat/Elisabeth Kiderlen/Frank Wolff (Hg.), *Ein deutscher Herbst. Zustände 1977*, Frankfurt a.M.: Neue Kritik, S. 170-184 [1978].
  - (2004): »Die Frankfurter Sponti-Szene. Eine Subkultur als politische Versuchsanordnung«. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 44, S. 105-121.
  - (Hg.) (2006): *Die RAF und der linke Terrorismus*, Hamburg: Hamburger Edition (2 Bde.).
- Krumsiek, Lothar (1974): »SAFETY 74. Internationale Fachmesse für Sicherheits-, Polizeialarm- und Feuermeldesysteme«. In: *Der Kriminalist*, S. 183.
- Kühn, Andreas (2005): *Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Kunz, Thomas (2005): *Der Sicherheitsdiskurs. Die Innere Sicherheitspolitik und ihre Kritik*, Bielefeld: transcript.
- Lange, Hans-Jürgen (1999): *Innere Sicherheit im Politischen System der Bundesrepublik*, Opladen: Leske + Budrich.
- Lücke, Paul (1966): »Sicherheit nach innen«. In: *Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung*, 13. Mai, S. 495-498.
- Mergen, Armand (1987): *Die BKA Story*, München/Berlin: Herbig.
- Meyer, Till (1998): *Staatsfeind. Erinnerungen*, München: Spiegel.
- Mohr, Markus (2001): »»Haut doch ab, ihr bringt uns ja alle um!« – eine denkwürdige Bankräuberei in München anno 1971«. In: Klaus Schönberger (Hg.), *Vabanque. Bankraub. Theorie, Praxis, Geschichte*, Berlin: Assoziation A, S. 92-105.
- Musolff, Andreas (1996): *Krieg gegen die Öffentlichkeit. Terrorismus und politischer Sprachgebrauch*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- (2006): »Terrorismus im öffentlichen Diskurs der BRD: Seine Deutung als Kriegsgeschehen und die Folgen«. In: Klaus Weinhauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt/New York: Campus, S. 302-319.
- Narr, Wolf-Dieter (Hg.) (1977): *Wir Bürger als Sicherheitsrisiko – Berufsverbote und Lauschangriff – Beiträge zur Verfassung der Republik*, Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.

- Peters, Butz (2004): *Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF*, Berlin: Argon.
- Redaktion Atom Express (Hg.) (1997): [...] und auch nicht anderswo! *Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung*, Göttingen: Die Werkstatt.
- Reinhard, Wolfgang (2002): *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München: Beck [1995].
- Requate, Jörg (2007): »Deeskalation durch Kommunikation? Zum Umgang mit dem Linksterrorismus in den 1970er und 1980er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland«. In: *Revue d' allemagne*.
- /Zessin, Philipp (2007): »Comment sortir du »terrorisme«? La violence politique et les conditions de sa disparition en France et en République Fédérale Allemande en comparaison 1970-années 1990«. In: Robert Gerwarth/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Terrorism in Europe in the Long Twentieth Century: Violent Social Movements in Transnational and Comparative Perspective* (Sonderheft der *European Review of History*).
- Reuband, Karl-Heinz (1992): »Objektive und subjektive Bedrohung durch Kriminalität. Ein Vergleich der Kriminalitätsfurcht in der Bundesrepublik Deutschland und den USA«. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 44, S. 341-353.
- (1995): »Veränderungen in der Kriminalitätsfurcht der Bundesbürger 1965-1993. Eine Bestandsaufnahme«. In: Günther Kaiser/Jörg Martin Jehle (Hg.), *Kriminologische Opferforschung. Neue Perspektiven und Erkenntnisse*. Heidelberg: Kriministik, S. 37-53.
  - (2001): »Denunziation im Dritten Reich. Die Bedeutung von Systemunterstützung und Gelegenheitsstrukturen«. In: *Historical Social Research* 26 (2/3), S. 219-234.
- Rößmann, Egon (1977): »Zum künftigen Verhältnis zwischen Polizei und gewerblichen Sicherheitseinrichtungen«. In: *Polizeinachrichten* 17, S. 53-55.
- Roth, Roland (1985): »Neue Soziale Bewegungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik – eine vorläufige Skizze«. In: Karl-Werner Brand (Hg.), *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA: ein internationaler Vergleich*, Frankfurt a.M. u.a.: Campus, S. 20-82.
- /Dieter Rucht (Hg.) (1987): *Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Sack, Fritz (1984): »Die Reaktion von Gesellschaft, Politik und Staat auf die Studentenbewegung«. In: Ders./Heinz Steinert (Hg.), *Protest und Reaktion (Analysen zum Terrorismus 4/2)*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 106-226.
- /Steinert, Heinz (1984): *Protest und Reaktion (Analysen zum Terrorismus 4/2)*, Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Schäfer, Herbert (1978): »Rauschgiftmisbrauch, Anarchismus und Terrorismus«. In: *Der Kriminalist*, S. 257-269.
- Scheiper, Stephan (2006): »Der Wandel staatlicher Herrschaft in den 1960er/70er Jahren«. In: Klaus Weinhauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt/New York: Campus, S. 188-216.
- Schenk, Dieter (1998): *Der Chef. Horst Herold und das BKA*, Hamburg: Spiegel.
- Schmidt, Helmut (1978): »Polizeiliche Arbeit erschöpft sich keineswegs nur in der Terrorismusbekämpfung, sondern ihre tägliche Aufgabe ist die Abwehr und Verbesserung der Abwehr von Gefahren aller Art!«. In: *Die Polizei* 69, S. 4-8.
- Seiderer, Birgit (2004): »Horst Herold und das Nürnberger Modell (1966-1971). Eine Fallstudie zur Pionierzeit des polizeilichen EDV-Einsatzes in der Reformära der Bundesrepublik«. In: *Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg* 91, S. 317-350.
- Steffen, Michael (2002): *Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991*, Berlin u.a.: Assoziation A.
- Steinseifer, Martin (2006): »Terrorismus als Medienereignis im Herbst 1977: Strategien, Dynamiken, Darstellungen, Deutungen«. In: Klaus Weinhauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt/New York: Campus, S. 351-381.
- Stümper, Alfred (1974): »Die Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9) und die Länderpolicen«. In: *Kriminalistik* 28, S. 49-51.
- (1975): »Verlust des staatlichen Gewaltmonopols?«. In: *Kriminalistik* 29, S. 193-195.
  - (1976): »Sicherheitsprobleme unserer Zeit«. In: *Kriminalistik* 30, S. 260-262.
- Sturm, Michael (2006): »Tupamaros München: »Bewaffneter Kampf«, Subkultur und Polizei 1969-1971«. In: Klaus Weinhauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt/New York: Campus, S. 99-133.
- Tautorat, Hans-Georg (1974): »Ausbildung und Einsatz der Mobilen Einsatzkommandos und Möglichkeiten zur Bekämpfung des Terrorismus«. In: *Polizeinachrichten* 14, S. 47-49.
- Traube, Klaus (1977): »Lehrstück Abhöraffäre«. In: Wolf-Dieter Narr (Hg.), *Wir Bürger als Sicherheitsrisiko – Berufsverbote und Lauschangriff – Beiträge zur Verfassung der Republik*, Reinbek b. Hamburg: Rowohlt, S. 61-78.

- Treiber, Hubert (1984): »Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Terrorismus: Die Inszenierung ›symbolischer Kreuzzüge‹ zur Darstellung von Bedrohungen der normativen Ordnung von Gesellschaft und Staat. In: Fritz Sack/Heinz Steinert, *Protest und Reaktion* (Analysen zum Terrorismus 4/2), Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 319-363.
- Uka, Walter (2006): »Terrorismus im Film der 70er Jahre: Über die Schwierigkeiten deutscher Filmemacher beim Umgang mit der realen Gegenwart«. In: Klaus Weinhauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt/New York: Campus, S. 382-398.
- Waldmann, Peter (1998): *Terrorismus. Provokationen der Macht*, München: Gerling-Akademie-Verlag.
- Wegener, Ulrich (1976): »Bekämpfung des Terrorismus durch Spezialeinheiten im Rahmen des Sicherheitskonzepts der Bundesrepublik Deutschland«. In: Rolf Tophoven (Hg.), *Politik durch Gewalt. Guerilla und Terrorismus heute*, Bonn: Wehr und Wissen, S. 147-153.
- Weinhauer, Klaus (2003): *Schutzpolizei in der Bundesrepublik. Zwischen Bürgerkrieg und Innerer Sicherheit: Die turbulenten sechziger Jahre*, Paderborn u.a.: Schöningh.
- (2004): »Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre. Aspekte einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit«. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 34, S. 219-242.
  - (2005): »Drogenkonsum und Jugendgewalt in bundesdeutschen Großstädten der 1960/70er Jahre«. In: *Jahrbuch Jugendforschung* 5, S. 71-90.
  - (2007): »Polizei und Jugendliche in der Geschichte der Bundesrepublik«. In: Detlef Briesen/Klaus Weinhauer (Hg.), *Jugend, Delinquenz und gesellschaftlicher Wandel. Bundesrepublik Deutschland und USA nach dem Zweiten Weltkrieg*, Essen: Klartext, S. 71-93.
- /Requate, Jörg (2006): »Einleitung. Die Herausforderung des ›Linksteratismus‹«. In: Klaus Weinhauer/Jörg Requate/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt/New York: Campus, S. 9-32.
- /Requate, Jörg/Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.) (2006): *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt/New York: Campus.
- Weisbrod, Bernd (Hg.) (2003): *Die Politik der Öffentlichkeit – Die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen: Wallstein.
- Werkentin, Falco (1984): *Die Restauration der deutschen Polizei. Innere Rüstung von 1945 bis zur Notstandsgesetzgebung*, Frankfurt a.M. u.a.: Campus.
- Winter, Martin (1998): *Politikum Polizei. Macht und Funktion der Polizei in der Bundesrepublik Deutschland*, Münster: Lit.